

## Tätigkeitsbericht der Beauftragten für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung 2022/2023

An: Senat und Studierendenrat der Universität Freiburg

22.11.2023

Von: Solveig Roscher

Betreff: Tätigkeitsbericht der vom Senat bestellten Beauftragten für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung für den Zeitraum 01.10.2022 bis 30.09.2023

### Einleitung

Gemäß § 30 der Grundordnung der Universität Freiburg in Verbindung mit § 2 Abs. 3 LHG wird der oder die Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung auf Vorschlag des Rektorats vom Senat für jeweils drei Jahre bestellt. Solveig Roscher, die das Amt innehat, befindet sich in der ersten Amtsperiode, die am 14.11.2024 endet. Der vorliegende Tätigkeitsbericht wird gemäß § 30 Abs. 4 Satz 3 der Grundordnung für den Senat und den Studierendenrat der Universität Freiburg erstellt.

Die Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung ist der Prorektorin für Universitätskultur unterstellt und räumlich im Service Center Studium untergebracht. Der reguläre Beschäftigungsumfang von 50% konnte durch Sondermittel des Landes im Rahmen des Programms „Abmilderung von Lernrückständen“ vom 15.03.2022 bis 31.12.2022 um 25% aufgestockt werden. Nach Auslaufen des Programms wurde die Aufstockung zu Lasten zentraler Ressourcen bis zum 31.12.2023 verlängert. Im November 2023 beschloss das Rektorat aufgrund der gestiegenen Fallzahlen der letzten Jahre und des abzusehenden langfristig hohen Beratungsbedarfs eine dauerhafte Erhöhung des regulären Beschäftigungsumfangs von 50% auf 75%.

Durch die Sondermittel des Landes konnte vom 15.04.2022 bis 30.09.2023 zusätzlich eine studentische Aushilfe im Umfang von ca. 5 Std./Woche eingestellt werden. Ab dem 01.01.2024 erhält die Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung dauerhaft Mittel für eine studentische Aushilfe zu Lasten zentraler Ressourcen.

## 1. Beratung der Studierenden

### 1.1. Entwicklung der Fallzahlen

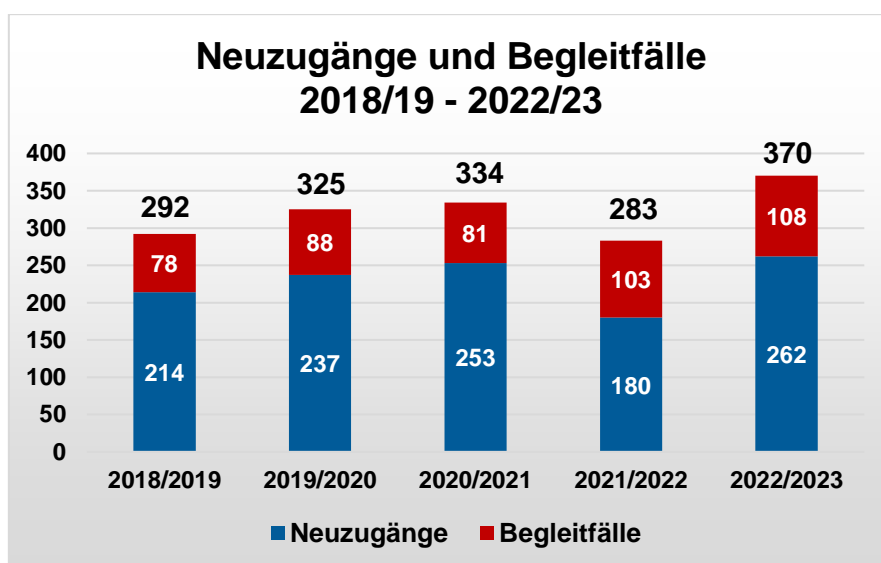


Abbildung 1

Die absoluten Fallzahlen in der Beratung haben im akademischen Jahr 2022/23 einen Höchststand von 370 Fällen erreicht. Der Maximalwert bezieht sich sowohl auf die Anzahl der Neuzugänge (262 Fälle) als auch die Anzahl der Begleitfälle (108 Fälle), das heißt von Studierenden, die bereits in der Erstberatung waren und weiterhin bzw. erneut Beratungsbedarf haben. Auffällig ist, dass die Anzahl der Neuzugänge im Vergleich zum Vorjahr 2021/22 (180 Fälle) besonders stark, um mehr als ein Drittel, angestiegen ist. Zwischen 2018/19 und 2020/21 haben die absoluten Fallzahlen stetig zugenommen. Das besonders hohe Aufkommen in den Jahren 2019/20 und 2020/21 lässt sich mit den Folgen der Pandemie und dem Wegfall von Präsenzveranstaltungen begründen. Im Jahr 2021/2022 sind die Fallzahlen auf das Niveau des Jahrgangs 2018/2019 vor der Pandemie gesunken, da weniger Neuzugänge verzeichnet wurden. Für den starken Anstieg der Fallzahlen innerhalb des letzten akademischen Jahres, insbesondere der Neuzugänge, sind folgende Gründe auszumachen: Zum einen gelangen aufgrund der inklusiven Lehrpläne der Regelschulen mehr Studierende mit Behinderung an die Universitäten. In diesem Zusammenhang wächst entsprechend das Selbstverständnis der Studierenden, Hilfsangebote von ihrer Bildungsinstitution zu erhalten. Die 22. Sozialerhebung, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschulforschung, zeigt zudem auf, dass die Zahl der Studierenden mit einer oder mehreren gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Jahr 2021 im Vergleich zum Jahr 2016 von 11% auf 16% gestiegen ist.<sup>1</sup>

## **1.2 Fallbezogene Beratung**

Der Hilfebedarf der Studierenden und der damit zusammenhängende Arbeitsaufwand variieren je nach Fall stark. In den meisten Beratungen werden Informationen bspw. zu Formularen und administrativen Prozessen weitergegeben oder der Kontakt zu spezifischen Hilfestellen (z. B. psychosoziale Beratungsstelle des Studierendenwerks Freiburg, soziale Dienste...) hergestellt. In anderen Fällen benötigen einzelne Studierende mit umfangreicher Beeinträchtigung besonders arbeitsintensive und langwierige Begleitung. Hierbei handelt es sich meist um Studierende mit Autismus oder schwerer psychischer Erkrankung, die auf Unterstützung beim Aufbau eines umfassenden Hilfenetzes, wie Alltagsassistenz oder Therapie, angewiesen sind. Eine Kennzahl für die Häufigkeit dieser Fälle ist u. a. der Antrag auf Studienassistenz. Im akademischen Jahr 2022/23 wurden 14 Studierende bei der Beantragung und Organisation von Studienassistenz unterstützt (2021/22: 13 Fälle). Die leichte Zunahme Studierender mit Autismus-Spektrum-Störung (2021/22: 11%; 2022/23: 14%) und psychischer Erkrankung (2021/22: 22%; 2022/23: 25%) (s. Kapitel 1.3.) in der Fallberatung weist auf eine entsprechende Zunahme dieser arbeitsintensiveren Fallberatung hin. In diesen Fällen ist die zusätzliche, niedrigschwellige Unterstützung durch eine studentische Aushilfe als weitere Ansprechperson und Notfall-Assistenz besonders hilfreich.

Weitere zentrale Themen in der Beratung sind Nachteilsausgleiche für Prüfungsleistungen und die Gewährleistung von Barrierefreiheit. Auch in diesen Fällen ist immer wieder arbeitsintensive Unterstützung notwendig: Bspw. muss bei Umwandlungen von Prüfungsleistungen geklärt werden, welche Aspekte einer Prüfung nicht zu deren inhaltlicher Leistung gezählt werden und somit veränderbar sind. Ebenfalls größeren Aufwand bringt die Organisation von Raumänderungen wegen fehlender Barrierefreiheit mit sich, insbesondere wenn der Bedarf aufgrund von Baustellen oder nicht nutzbaren Treppenliften kurzfristig eintritt.

Darüber hinaus ergeben sich immer wieder komplexe, meist rechtliche, Fragestellungen, insbesondere bei der Prüfung von Leistungsansprüchen von internationalen Studierenden oder Studierenden mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit.

---

<sup>1</sup> Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2023): Die Studierendenbefragung in Deutschland. 22. Sozialerhebung. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2021. S.42ff  
Verfügbar unter: [https://www.dzhw.eu/pdf/ab\\_20/Soz22\\_Hauptbericht.pdf](https://www.dzhw.eu/pdf/ab_20/Soz22_Hauptbericht.pdf) ; zuletzt aufgerufen am 03.11.2023

### 1.3 Arten der studienerschwerenden Beeinträchtigungen nach Beratungsneuzugängen

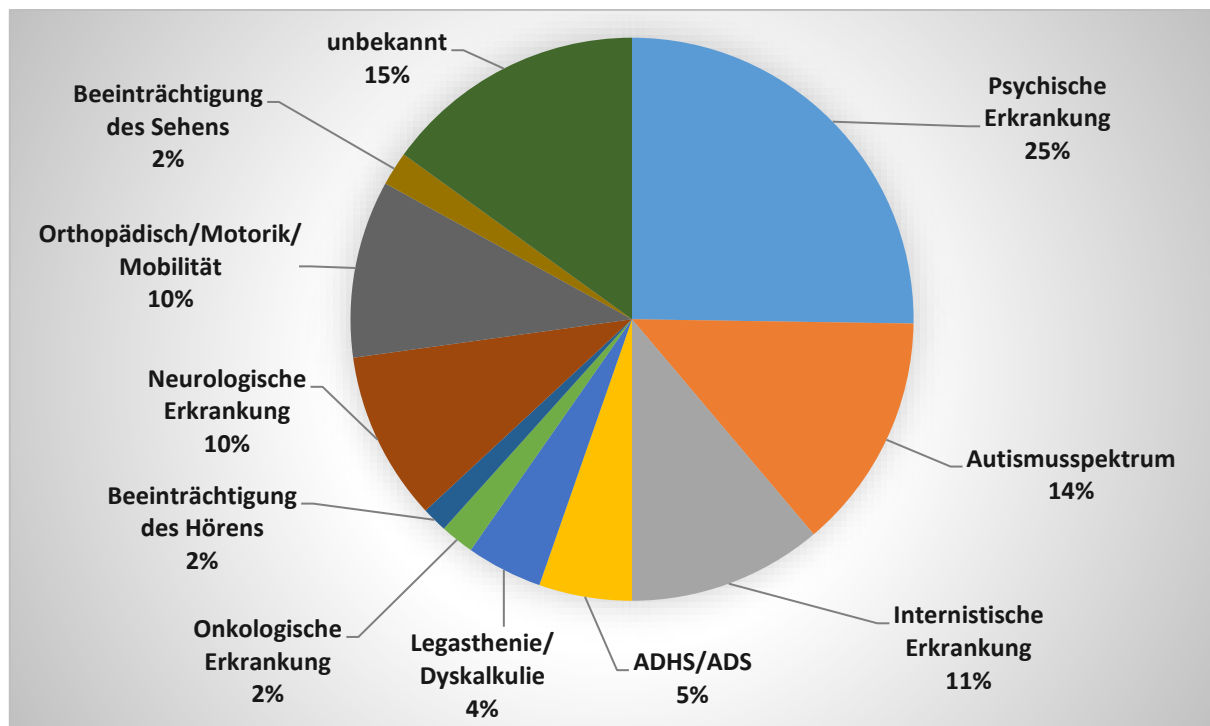


Abbildung 2

Wie in den vergangenen Jahren machten Studierende mit psychischen Erkrankungen im Berichtsjahr 2022/23 mit einem Anteil von 25% die größte Gruppe an Ratsuchenden aus. Hatte sich der Anteil von 22% im letzten Jahr im Vergleich zu den Pandemie Jahren 2020/21 (2020/2021: 41%) zunächst deutlich verringert, ist nun eine leichte Zunahme festzustellen. Die 22. Sozialerhebung aus dem (pandemiegeprägten) Jahr 2021 zeigt auf, dass Studierende mit psychischen Erkrankungen auch auf nationaler Ebene die weitaus größte Gruppe unter den Beeinträchtigten bilden (65%).<sup>2</sup> 14% der Ratsuchenden in der Erstberatung haben eine Autismus-Spektrum-Störung (2021/22: 11%). Sie erhalten häufig Unterstützung in Form von Studienassistenten und benötigen oft Beratung zum Umgang mit sozialen Situationen im Studienalltag. 11% (2021/22: 10%) der Neuzugänge haben internistische Erkrankungen wie Diabetes, chronische Darmentzündungen oder Rheuma. Bei chronischen Darmentzündungen und vielen neurologischen Erkrankungen (10%), wie Multiple Sklerose, Epilepsie oder Migräne, treten die Symptome schubweise auf. Deshalb muss hier meist kurzfristig Unterstützung, wie bspw. Beratung zum Umgang mit Abwesenheit, erfolgen und eine generelle Stressreduktion, wie z.B. ein individualisierter, langsamerer Studienverlauf, ermöglicht werden. Bei Einschränkungen der Mobilität und Motorik (2021/2022: 9%; 2022/23: 10%) sowie bei Beeinträchtigungen des Sehens (2021/22: 4%; 2022/23: 2%) und Hörens (2021/22: 1%; 2022/23: 2%) werden in der Beratung Möglichkeiten zur baulichen und technischen Barrierefreiheit, wie bspw. Raumwechsel oder die Nutzung technischer Hilfsmittel, besprochen. Studierende mit ADHS/ADS (2021/22: 7%; 2022/23: 5%) beantragen meist einen Nachteilsausgleich in Form eines separaten Raums oder die Nutzung von Kopfhörern in Klausuren. In vielen dieser Fälle empfinden es betroffene Studierende als benachteiligend, dass nach aktueller Rechtsprechung keine Zeitverlängerung für Klausuren gewährt wird, da Konzentration meist zum Leistungsbild von Prüfungen gezählt wird und somit nicht ausgleichsfähig ist. Auch bei Symptomen von Legasthe-

<sup>2</sup> Ebd. S. 6

nie/Dyskalkulie (2021/22: 6%; 2022/23: 4%) muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob die Leistungsanforderungen durch Nachteilsausgleiche wie die Nicht-Wertung der Rechtschreibung oder einer Klausurzeitverlängerung unberührt bleiben.

## 1.4 Neuzugänge in der Beratung nach Fakultäten und Bereichen

Tabelle 1

Anfragen von Neuzugängen Studienjahr 2022/23				
Bereiche	absolut		Prozent	
<b>Studieninteressierte</b>	<b>58</b>		<b>22,1%</b>	
<b>Studierende nach Fakultäten</b>	<b>123</b>		<b>47,0%</b>	
Philosophische Fakultät	37		14,1%	
Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät	16		6,1%	
Fakultät für Umwelt und natürliche Ressourcen	16		6,1%	
Rechtswissenschaftliche Fakultät	10		3,8%	
Technische Fakultät	10		3,8%	
Fakultät für Biologie	9		3,4%	
Fakultät für Mathematik und Physik	8		3,1%	
Medizinische Fakultät	7		2,7%	
Theologische Fakultät	5		1,9%	
Fakultät für Chemie und Pharmazie	5		1,9%	
Philologische Fakultät	0		0,0%	
<b>Sonstige</b>	<b>63</b>		<b>24,0%</b>	
Erasmus-Studierende	6		2,3%	
Sprachlehrinstitut	0		0,0%	
Studienprogramm Global Urban Health	1		0,4%	
Promotion	0		0,0%	
Uni-Mitarbeitende (Lehre, Verwaltung, Hausdienst usw.)	39		14,9%	
Externe Stellen (Rückfragen von Ärzt*innen, Sozialdiensten, Behörden...)	17		6,5%	
<b>Ohne Angaben</b>	<b>18</b>		<b>6,9%</b>	
<b>Gesamt</b>	<b>262</b>		<b>100,00%</b>	

Circa 22% der Ratsuchenden waren Studieninteressierte und potentielle Bewerber\*innen (vgl. Tabelle 1). Zentrales Thema sind in diesen Fällen zum einen Möglichkeiten, Zulassungschancen aufgrund einer Behinderung zu verbessern. Zum anderen eruieren Interessierte häufig vorab, ob ein barrierefreies Studium an der Universität Freiburg möglich ist, da dies für sie ein relevantes Auswahlkriterium darstellt.

47% der Ratsuchenden waren Studierende aus fast allen Fakultäten der Universität. Der Blick auf die absoluten Fallzahlen zeigt, dass die meisten ratsuchenden Studierenden der Philosophischen Fakultät (14,1%), der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät (6,1%) und der Fakultät für Umwelt und natürliche Ressourcen (6,1%) angehören. In Relation zur Gesamtzahl der Studierenden der einzelnen Fakultäten bzw. universitären Einrichtungen (Stand WS 2022/23, vgl. Abbildung 3) wird deutlich, dass der Beratungsbedarf in der Erstberatung in der Theologischen Fakultät relativ am höchsten war und hier 2,0% ihrer Studierenden Beratung nachfragen. Aus der Philosophischen Fakultäten kamen 1,2% ihrer Studierenden zu einer Beratung.

Die Anteile der weiteren Fakultäten und Bereiche in Relation zu ihrer Gesamtgröße rangierten zwischen 0,8% und 0%. Diese Ergebnisse müssen in keinem kausalen Zusammenhang mit der tatsächlichen Anzahl an erkrankten Studierenden stehen. Mögliche Gründe für die unterschiedlichen Anteile in den Fakultäten können beispielsweise die Sensibilisierung der Fakultätsangehörigen sowie die Kenntnis des Beratungsangebots durch die Bewerbung und Weiterleitung der Ansprechstellen vor Ort sein.

24% der Ratsuchenden gehören zur Gruppe „Sonstige“. Diese setzt sich u.a. aus Erasmus-Studierenden, Promovierenden, Mitarbeitenden und externen Stellen (z. B. Rückfragen von medizinischen Einrichtungen, Behörden oder Sozialdiensten) zusammen. Auffällig ist hier die deutliche Zunahme an internen Anfragen, bspw. von Dozierenden oder Prüfungsämtern, die von 3,9% im Jahr 2021/22 auf 14,9% im Jahr 2022/23 gestiegen sind. Dieser Anstieg hängt mit der zunehmend besseren Vernetzung der Beauftragten mit den Fakultäten zusammen; insbesondere der Kontakt mit einzelnen

Prüfungsämtern und die frühzeitige Miteinbeziehung in Entscheidungen über Anträge der Studierenden haben sich intensiviert. Ein solcher Austausch ist weiterhin wünschenswert, da durch diese direkten Kommunikationswege mögliche Konflikte über Entscheidungen der Prüfungsausschüsse präventiv umgangen und Bearbeitungsprozesse entsprechend schneller ablaufen können. Darüber hinaus ist von Seiten einzelner Dozierenden, die sich in der Beratung meldeten, eine Sensibilisierung bzgl. des Themas Inklusion wahrzunehmen. Hier ging es meist um Nachfragen zum angemessenen Umgang mit einzelnen Studierenden.

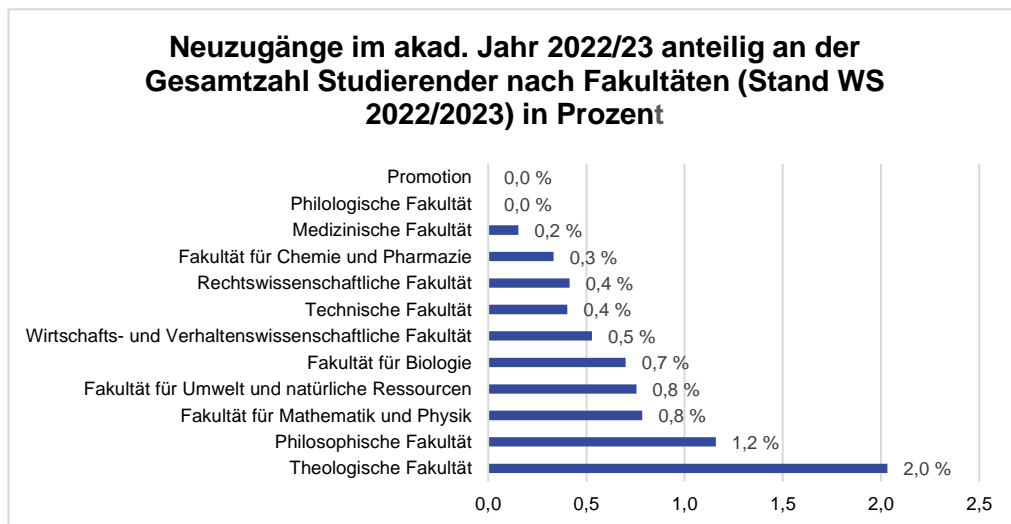


Abbildung 3

### 1.5. Neuzugänge 2022/2023 nach Geschlechtszugehörigkeit

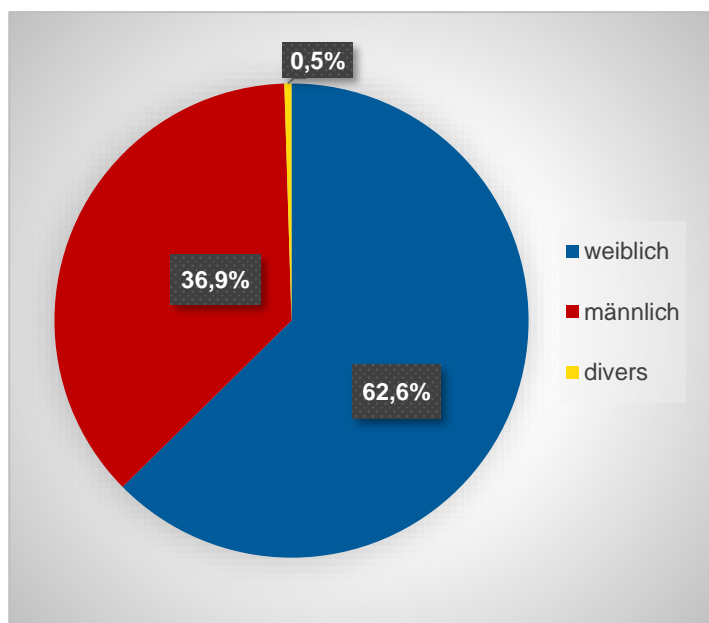


Abbildung 4

Wie in den Vorjahren nehmen deutlich mehr weibliche als männliche Ratsuchende das Beratungsangebot wahr (2021/22: 63,3% weiblich; 2022/23: 62,6% weiblich). Diese Ungleichverteilung spiegelt den Forschungsstand zur geschlechterspezifischen Inanspruchnahme von psychosozialen Beratungsangeboten und therapeutischen Praxen wider, der davon ausgeht, dass Männer seltener an Angeboten zur Gesundheitsförderung teilnehmen als Frauen. Bspw. zeigen Mack et al. in einer Studie aus dem Jahr 2014 auf, dass psychisch erkrankte Frauen in einem Jahr doppelt so häufig Gesundheitsleistungen wahrnehmen wie Männer.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Mack et al (2014): Self-reported utilization of mental health services in the adult German population – evidence for unmet needs? Results of the DEGS1-Mental Health Module (DEGS1-MH): Utilization of Mental Health Services in Germany. International Journal of Methods in Psychiatric Research. 23(3). S. 289–303

## **2. Auffälligkeiten**

### **2.1. Anträge auf einen Nachteilsausgleich**

In fast allen Fallberatungen werden Anträge auf einen Nachteilsausgleich in Prüfungsleistungen als mögliche Unterstützungsform thematisiert. Ihre Ermöglichung ist für viele Studierende mit Behinderung oder chronischer Krankheit für ein barrierefreies Studium von zentraler Relevanz. Die Erhebung der tatsächlich eingegangenen Anträge auf nachteilsausgleichende Maßnahmen im Jahr 2022 bei den Prüfungsämtern ergab, dass 61 entsprechende Anträge gestellt wurden (dieses Ergebnis bezieht sich auf 17 eingegangene Antworten von prüfungsverwaltenden Bereichen). Diese Anzahl ist in Relation zu den aktuellen Fallzahlen und der stetigen Präsenz des Themas in der Beratung als unverhältnismäßig gering zu bewerten. Unklar ist, aus welchen Gründen so viel weniger Anträge eingereicht werden als im Vorhinein besprochen. Aufgrund der häufigen Nachfragen der betroffenen Studierenden zur Schweigepflicht und dem angemessenen Umgang mit der eigenen Beeinträchtigung kann vermutet werden, dass Studierende Vorbehalte haben, ihre Beeinträchtigung mitzuteilen und entsprechende Unterstützung einzufordern. Ein weiterer Grund könnten formelle Hürden oder der Aufwand, ein aktuelles, fachärztliches Attest zu erhalten, darstellen. Um diesen möglichen Beweggründen entgegenzuwirken, ist es umso wichtiger, eine Kultur der Sensibilisierung zu schaffen, in der die Zielgruppe an verschiedenen Anlaufstellen der Universität auf entsprechende Angebote hingewiesen und ermutigt wird, Unterstützung einzufordern. Außerdem ist die Beauftragte derzeit mit dem Inklusionsteam im Austausch, um zu eruieren, wie das Antragsverfahren vereinfacht werden kann.

### **2.2 Studierende mit psychischen Erkrankungen und Studierende in psychischen Krisen**

Seelische Gesundheit und der Umgang mit psychischen Krisen sind in der Beratung stets präsente Themen. So bilden Studierende mit psychischer Erkrankung wie oben aufgezeigt die größte Gruppe Ratsuchender mit studienerschwerender Beeinträchtigung. Die Erfahrungen in der Fallberatung entsprechen den Ergebnissen der 22. Sozialstudie, dass sich psychische Erkrankungen im Vergleich zu anderen Beeinträchtigungen überdurchschnittlich häufig besonders stark im Studium auswirken (66 % vers.  $\varnothing$  59 %)<sup>4</sup>. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa von 2023 ist mehr als jede\*r dritte Studierende Burnout-gefährdet.<sup>5</sup> Eine Erhebung der Techniker Krankenkasse kommt zu dem Ergebnis, dass der Anteil der versicherten Studierenden, die Antidepressiva verschrieben bekommen, von 2019 auf 2022 um 30% gestiegen ist.<sup>6</sup> Zusätzlich sind auch Studierende mit anderen Erkrankungsformen vulnerabler für seelische Krisen und müssen besonders auf ihre psychische Gesundheit achten. In der Beratung gestaltet es sich immer wieder herausfordernd, den angemessenen Umgang mit Personen in akuten psychischen Krisen zu finden, insbesondere wenn es sich um eine mögliche Selbst- und Fremdgefährdung handelt. Zudem lassen vereinzelte Meldungen von ratsuchenden Lehrkräften, die sich mit entsprechenden Fragen an die Beauftragte wendeten, vermuten, dass damit einhergehende Überforderungssituationen auch in der Lehre präsent sind. Sie weisen auf die Notwendigkeit entsprechender Handlungsleitfäden in den universitären Strukturen sowie Fortbildungsangebote für Lehrende/Mitarbeitende in Schnittstellenfunktionen hin.

---

<sup>4</sup> Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2023): Die Studierendenbefragung in Deutschland. 22. Sozialerhebung. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2021. S. 45  
Verfügbar unter: [https://www.dzhw.eu/pdf/ab\\_20/Soz22\\_Hauptbericht.pdf](https://www.dzhw.eu/pdf/ab_20/Soz22_Hauptbericht.pdf) ; zuletzt aufgerufen am 03.11.2023

<sup>5</sup> Techniker Krankenkasse (2023): Gesundheitsreport. Wie geht's Deutschlands Studierenden? S. 13  
Verfügbar unter: <https://www.tk.de/resource/blob/2149886/e5bb2564c786aedb3979588fe64a8f39/2023-tk-gesundheitsreport-data.pdf> ; zuletzt aufgerufen am 03.11.2023

<sup>6</sup> Ebd. S. 3

### **2.3 Lange Wartezeiten auf soziale Leistungen und therapeutische Hilfe**

Um möglichst barrierefrei studieren zu können, benötigen insbesondere Studierende mit starker Beeinträchtigung ein umfassendes Unterstützungsnetz, wie bspw. Hilfe in Form von Studien- und Alltagsassistenten oder psychotherapeutische Begleitung. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass das Angebot psychotherapeutischer Unterstützung im Kreis Freiburg häufig lange Wartezeiten mit sich bringt. In akuten psychischen Notlagen können sich Studierende an die psychotherapeutische Beratungsstelle des Studierendenwerks Freiburg wenden, das notwendige weiterführende Angebot therapeutischer Hilfe kann bis zu mehreren Monaten dauern. Auch die Bearbeitung von Anträgen auf soziale Leistungen durch die kommunalen Ämter bedeuteten oftmals Wartezeiten von mehreren Monaten, in mehreren Fällen kam das Sozialamt der rechtlich vorgegebenen Bearbeitungszeit nicht nach. Hier empfahl die Beauftragte zum einen Rechtsberatung einzuholen. Zum anderen liegt der Fokus der Beratung in diesen Fällen vermehrt darauf, niedrigschwellige, kurzfristige Unterstützung ausfindig zu machen, um fehlende Hilfeleistungen zu überbrücken. Dieser Umstand stellt eine deutliche Benachteiligung für die Zielgruppe dar. In einzelnen Fällen mussten Betroffene aufgrund der fehlenden Hilfe ihre Veranstaltungen reduzieren oder ließen sich beurlauben, bis eine notwendige Unterstützung gewährleistet werden konnte.

## **3. Weitere Tätigkeiten**

### **3.1 Beratung von Fakultäten und sonstigen universitären Einrichtungen**

Wie bereits erwähnt intensivierte sich der Kontakt der Beauftragten mit Prüfungsämtern, Studienfachberatungen und einzelnen Dozierenden im Berichtsjahr erheblich. Die Beauftragte fungierte dabei als Ansprechperson, bspw. zum Umgang mit besonders belasteten Studierenden und wurde bei Fragen zu rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen von Nachteilsausgleichen zu Rate gezogen.

### **3.2 Anliegen zur Barrierefreiheit**

Aufgrund der fehlenden räumlichen Barrierefreiheit an vielen Orten des Universitätsgeländes müssen in der Beratung immer wieder entsprechende Anliegen wie bspw. die Organisation von Raumänderungen bearbeitet werden. Insbesondere ein nicht nutzbarer Lift im Kollegiengebäude I über den Zeitraum von ca. acht Monaten führte zu einer Benachteiligung mehrerer Studierenden mit Gehbehinderung. Der Beauftragten liegen Meldungen von drei Studierenden vor, die aus diesem Grund teilweise mehrfach nicht an Veranstaltungen teilnehmen konnten. In einem Fall konnte langfristig nur eine digitale Teilnahme umgesetzt werden, da ein Raumwechsel nicht möglich war. Dieser Fall zeigt exemplarisch die strukturelle Problematik beim Umgang mit räumlichen Barrieren in Gebäuden auf dem Universitäts-Campus auf: Einerseits sind nur für einzelne Gebäude Informationen über ihre Barrierefreiheit auf den Websites vorhanden. Zentralisierte Meldungen über kurzfristige Veränderungen wie Baustellen oder ausgefallene Aufzüge und Lifte sind nicht zu finden. Zudem ist für Betroffene nicht ersichtlich, an wen sie sich mit entsprechenden Anliegen wenden können. Ist eine Meldung bei der Beauftragten angelangt, müssen intern zunächst Zuständigkeiten geklärt werden, häufig verzögern sich deshalb die Kommunikationswege. Um eine Nachbesprechung im Fall des ausgefallenen Treppenlifts und ein langfristig einheitliches Vorgehen zu ermöglichen, wird in den nächsten Monaten ein Gespräch des Inklusionsteams mit Dezernat 4 – Bau und Infrastruktur stattfinden. Außerdem wird derzeit in Zusammenarbeit mit der Schwerbehindertenvertretung eine Website eingerichtet, auf der räumliche Hindernisse niedrigschwellig gemeldet werden können, um die Weitergabe von bestehenden Barrieren zu erleichtern und ein umfassendes Bild der Problematik vor Ort zu erhalten. Hinweise auf den „Barrieremelder“ sollen auf der Homepage der Universität eingerichtet sowie auf Plakaten gedruckt werden. In diesem Zusammenhang steht die Beauftragte im Austausch mit dem Studierendenrat.

### **3.3 Informationsmaterialien und Teilnahme an Infoständen**

Neben der Erstellung von Plakaten mit Hinweisen zur Meldung von räumlichen Barrieren soll die Bewerbung von nachteilsausgleichenden Maßnahmen durch Plakate verbessert werden. Außerdem ist die Beauftragte derzeit dabei, den Flyer der Beratungsstelle auf Englisch aktualisieren zu lassen. Aufgrund der zunehmenden Beteiligung der Beauftragten an Infoständen, wie bspw. am University Health Day oder gemeinsam mit der Sozialberatung des Studierendenwerks und des Selbsthilfebüros Freiburg e.V. in der Mensa wird zukünftig weiteres Material für die Öffentlichkeitsarbeit wie ein Roll Up Banner erstellt werden.

### **4. Personelle Situation**

Durch die Erhöhung des Beschäftigungsumfangs von 50% auf 75% konnte die Beauftragte der Nachfrage an Ratsuchenden zeitintensiver und fachgerechter nachkommen. Zudem reduzierte sich die Zahl an Überstunden. Deshalb ist der Rektoratsbeschluss, den Stellenumfang von 75% langfristig beizubehalten, sehr erfreulich. Ebenso positiv zu erwähnen ist die feste Finanzierung einer studentischen Aushilfe ab Januar 2024. Die Beschäftigung einer Hilfskraft ist einerseits notwendig, um für Studierende mit hohem Unterstützungsbedarf neben der Beratung weitere Hilfeleistung, wie bspw. bei der Stellung von Anträgen oder kurzfristige Assistenzleistungen, zu gewährleisten. Andererseits kann die studentische Aushilfe Tätigkeiten wie die Erstellung von Informationsmaterialien oder die Pflege der Website übernehmen, für die die Beauftragte keine zeitlichen Ressourcen hat. Trotz der aktuellen Entspannung der personellen Situation müssen der Bedarf und die entsprechenden personellen Kapazitäten langfristig im Blick behalten werden, da abzusehen ist, dass die Fallzahlen auch in den nächsten Jahren hoch bleiben werden. Darüber hinaus ist zu betonen, dass die Gewährleistung eines inklusiven Studiums weitere umfassende strukturelle Veränderungen der universitären Gegebenheiten erfordert. Hierfür wären Projekte wie die Einrichtung einer zentralen Informationsstelle zur räumlichen Barrierefreiheit des Universitätsgeländes oder die Erarbeitung inklusiver Prüfungsordnungen notwendig.